

Bericht zum Ausgliederungsantrag im Main-Echo, vom 16.04.2005  
ein überaus wichtiger Satz wurde von der BIN mit gelber Markierung herausgehoben

## Niedersteinbach soll selbstständig werden

Antrag im Namen einer Bürgerinitiative muss in die Ratssitzung

**Mömbris.** Einstimmig abgelehnt hat der gemeindliche Hauptverwaltungsausschusses in seiner jüngsten Sitzung einen Antrag, der mittlerweile die Gemüter im Markt Mömbris erhitzt: die Eigenständigkeit des Ortsteils Niedersteinbach (wir berichteten). Entscheiden muss über den Antrag letztlich der Gemeinderat. Er behandelt das Thema am 26. April.

Den Ausschussmitgliedern lag ein Schreiben der 1990 gegründeten »Bürgerinitiative Niedersteinbach« (BIN) vom 8. März vor. Darin wird die Ausgliederung des rund 900 Einwohner zählenden Ortsteils gefordert. Erhard Lorenz hat das Schreiben unterzeichnet. Öffentlich vorgelesen wurde der Text nicht. Auch auf Nachfrage wollte Bürgermeister Reinhold Glaser (CSU) nicht auf den Inhalt eingehen: »Gesprochen wird von ungerechter Behandlung, aber das ist alles sehr unsachlich formuliert. Weitere Kommentare gebe ich dazu nicht«, sagte der Bürgermeister. Glaser ließ das Thema am 12. April in der Ausschusssitzung behandeln, ohne es zuvor auf der Tagesordnung genau benannt zu haben.

Die rechtliche Grundlage zu dem Antrags erläuterte Glaser. Demnach fehlt Niedersteinbach ein wichtiges Kriterium für die Eigenständigkeit: es sind laut Gesetz mindestens 2000 Einwohner notwendig. Das Schreiben hat Glaser daher dem Landratsamt vorgelegt. Die Behörde habe mitgeteilt, dass der Antrag trotzdem im Ausschuss und im Gemeinderat behandelt werden müsse. Dies soll nun auch in der Ratssitzung am 26. April geschehen. Zugleich betont Glaser, dass das Schreiben der BIN nichts mit der Unterschriftenliste zu tun habe, die ihm für den Erhalt der Niedersteinbacher Schule vorgelegt wurde. Rüdiger Geis, ein Sprecher der »Interessenvertretung Schule Niedersteinbach«, bestätigte, dass diese Unterschriftenliste nicht mit dem Vorhaben der BIN verwechselt werden dürfe.

Vorsitzender der BIN ist Erhard Lorenz. Er ist überzeugt, Deutschland könnte »besser dastehen«, wenn das Parteienbild anders aussähe. Als generelle Lösung komme für ihn nur in Betracht, dass alle Gemeinden wieder selbstständig werden sollten. Fest macht er seine Meinung an seinem Wohnort Niedersteinbach, wo auch der Bürgermeister mit seiner Familie lebt.

### »Betrug am Bürger begangen«

Die Verwaltung des Marktes habe »alle demokratischen Grundwerte missachtet« und einen »Betrug am Bürger« begangen, heißt es in dem Schreiben, das unserer Zeitung mittlerweile vorliegt. Es könne nicht geduldet werden, dass die Niedersteinbacher Feuerwehr in dem geplanten Feuerwehrstützpunkt in Mömbris aufgehe. Das geschehe ohne rechtliche Grundlage und Anhörung der Bürger.

Entgegen dem ursprünglichen Bürgerbestreben werde die Wasserversorgung (dafür gibt es die »Interessengemeinschaft Trinkwasserversorgung Niedersteinbach«) nicht eigenverwaltet. Damit sei die Abstimmung im Jahr 1998 unter Vortäuschung falscher Tatsachen erfolgt.

Sofort entfernt werden soll die Mobilfunkantenne, die ohne Bürgerzustimmung, dafür aber mit Polizeigewalt angebracht worden sei. »Man hat mich damals fast verhaftet«, behauptet Lorenz.

Alzenaus Polizeichef Gerhard Geis erinnert sich an einen solchen Vorgang nicht.

### Gebäude verwahrlost

Die Großgemeinde leiste hier »Beihilfe zum Mord«, denn seit der »direkten Mikrowellenbestrahlung haben wir proportional zu allen Orten der Gemeinde die höchste Sterberate«, so Lorenz weiter. Die Krönung sei jedoch die bevorstehende Schließung der Schule, die Niedersteinbach bei der Gemeindereform mitgebracht hatte. Die Großgemeinde habe das Gebäude verwahrlosen lassen. Die Eigenständigkeit von Niedersteinbach soll bis zum 1. Juli vollzogen werden, fordert Lorenz. Hinter ihm stehe der ganze Ort, doch »zum Schutz der betreffenden Bürger« würden die Namen der Übergangsverwaltung erst veröffentlicht, wenn der Termin zur Ausgliederung offiziell bekannt gegeben sei.

Sicher sei, dass die BIN für dieses Ziel alle möglichen Instanzen ausschöpfen werde, **zumal die Festsetzung der Mindesteinzwohnerzahl ein Willkürakt einer nicht mehr existierenden Bundesrepublik Deutschland gewesen sei.**

mst/red